

**„Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit“
(Entschädigungssatzung) der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
vom 23.10.2018**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) hat der Gemeinderat der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach am 23.10.2018 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Entschädigung nach Durchschnittssätzen

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles nach einheitlichen Durchschnittssätzen.
- (2) Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme
- | | |
|--|-------------------|
| bis zu 3 Stunden | 8,00 Euro |
| von mehr als 3 bis zu 6 Stunden | 13,00 Euro |
| von mehr als 6 Stunden (Tageshöchstsatz) | 36,00 Euro |

§ 2

Berechnung der zeitlichen Inanspruchnahme

- (1) Der für die ehrenamtliche Tätigkeit benötigten Zeit wird je eine halbe Stunde vor ihrem Beginn und nach ihrer Beendigung hinzugerechnet (zeitliche Inanspruchnahme).
Beträgt der Zeitabstand zwischen zwei ehrenamtlichen Tätigkeiten weniger als 1 Stunde, so darf nur der tatsächliche Zeitabstand zwischen Beendigung der ersten und Beginn der zweiten Tätigkeit zugerechnet werden.
- (2) Die Entschädigung wird im Einzelfall nach dem tatsächlichen, notwendigerweise für die Dienstverrichtung entstandenen Zeitaufwand berechnet.
- (3) Für die Bemessung der zeitlichen Inanspruchnahme bei Sitzungen ist nicht die Dauer der Sitzung, sondern die Dauer der Anwesenheit des Sitzungsteilnehmers maßgebend. Die Vorschriften des Absatzes 1 bleiben unberührt. Besichtigungen, die unmittelbar vor oder nach einer Sitzung stattfinden, werden in die Sitzung eingerechnet.
- (4) Die Entschädigung für mehrmalige Inanspruchnahme am selben Tag darf zusammengerechnet den Tageshöchstsatz nach § 1 Abs. 2 nicht übersteigen.
- (5) Das Sitzungsgeld wird gewährt, wenn die nachgewiesene Teilnahme (Unterschrift in der Anwesenheitsliste) sich in der Regel über die volle Sitzung, mindestens aber über zwei Stunden erstreckt.

§ 3

Aufwandsentschädigung

- (1) Gemeinderäte, Ortschaftsräte und sonstige Mitglieder von Ausschüssen des Gemeinderates und Ortschaftsrates erhalten für die Ausübung ihres Amtes anstelle einer Entschädigung nach § 1 eine Aufwandsentschädigung.

Diese wird gezahlt:

- bei Gemeinderäten
 - 1. als monatlicher Grundbetrag in Höhe von **5,00 Euro,**
 - 2. als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von **11,00 Euro,**
- bei Ortschaftsräten
 - 1. als monatlicher Grundbetrag in Höhe von **5,00 Euro,**
 - 2. als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von **8,00 Euro,**
- bei Ausschüssen
 - 1. als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von **5,00 Euro,**

Nehmen Ortschaftsräte an Sitzungen des Gemeinderates sowie des Hauptausschusses teil, so erhalten sie ein Sitzungsgeld in Höhe von **8,00 Euro.**

Nehmen Gemeinderäte an Sitzungen eines Ortschaftsrates teil, dann erhalten Sie ein Sitzungsgeld in Höhe von **8,00 Euro.**

Bei mehreren, unmittelbar aufeinander folgenden Sitzungen desselben Gremiums wird nur ein Sitzungsgeld gezahlt.

(2) Stellvertretende ehrenamtliche Ortsvorsteher erhalten in Ausübung ihres Amtes eine monatliche Aufwandsentschädigung von:

Ortschaft Stürza	16,00 Euro
Ortschaft Dobra	16,00 Euro
Ortschaft Wünschendorf	16,00 Euro
Ortschaft Wilschdorf	16,00 Euro
Ortschaft Porschendorf-Elbersdorf	21,00 Euro
Ortschaft Dürrröhrsdorf-Dittersbach	26,00 Euro

(3) Als monatlichen Grundbetrag der Aufwandsentschädigung anstelle des in Absatzes 1 genannten Grundbetrages erhalten

- der erste ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters **39,00 Euro**
- der zweite ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters **25,00 Euro.**

(4) Für eine länger andauernde, nicht vorhersehbare Vertretung des Bürgermeisters erhält ein ehrenamtlicher Stellvertreter des Bürgermeisters neben dem Grundbetrag der Aufwandsentschädigung nach Absatz 4 eine Entschädigung nach § 1.

(5) Die Grundbeträge der Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1 bis 3 und das Sitzungsgeld nach Abs. 1 für die entschädigungspflichtigen Sitzungen werden jeweils am Ende des Kalenderhalbjahres gezahlt.

Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Anspruchsberechtigte sein Amt ununterbrochen länger als 3 Monate tatsächlich nicht ausübt, für die über 3 Monate hinausgehende Zeit.

§ 4

Reisekostenvergütung

Bei Dienstverrichtungen außerhalb des Gemeindegebietes erhalten ehrenamtlich Tätige neben der Entschädigung nach § 1 Abs. 2 und § 4 eine Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Sächsischen Gesetzes über die Reisekostenvergütung der Beamten und Richter (Sächsisches Reisekostengesetz - SachsRKG) vom 12. Dezember 2008 (GVBl S. 866,876) in der jeweils gültigen Fassung.

§ 5**Inkrafttreten**

Die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit tritt am 01.11.2018 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Fassung vom 24.11.2016 außer Kraft.

Dürrröhrsdorf-Dittersbach, den 23.10.2018

Timmermann
Bürgermeister

Siegel

Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO):

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zu Stande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

- 1) die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
- 2) Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
- 3) der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
- 4) vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a. die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b. die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.